

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion  
Riesner  
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Weißen befähigterseits bestimmtes Blatt.

Postfach  
Riesa  
Postfach Nr. 22

Nr. 89.

Dienstag, 16. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 3,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und abellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verkauft, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei- und Verlagsanstalt oder der Verlagsanstalt — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Kampf um die Reichspräsidentenwahl.

### Die Vertreter des Hindenburgausschusses beim Reichspräsidenten.

#### Hindenburg und Hitler.

Das knappe und ergreifend persönliche Bekenntnis des greisen Reichspräsidenten zur Frage einer Neuwahl hat in allen politischen Kreisen Berlins denkbar stärksten Eindruck hinterlassen. Man erkennt allgemein an, daß man es hier mit einer unversälfchten Kundgebung Hindenburgs selbst zu tun hat. Der „alte Herr“ hat sie sich schwer vom Herzen gerungen. Sie ist der letzte Versuch, nach den unerquicklichen Verhandlungen der vergangenen Wochen, die hohe Würde des Reichspräsidentenpostens jenseits aller Parteihader zu stabilisieren. Es liegt Born und Größe darin, wie Hindenburg erklärt: „Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterland treu und gewissenhaft dienen... Werde ich nicht gewählt, so bleibe ich mir selbst und dem Vaterland treu.“

Der greise Feldmarschall zeigt durch seinen Entschluß abermals, daß er die höchste der soldatischen Tugenden besitzt: die Fäßigkeit, sich unterzuordnen, zu gehorchen — die Tugend, die erst zum Führen und Befehlen berechtigt. Zum vierten Mal stellt sich Hindenburg mit dem vollen Einsatz seiner Persönlichkeit in entscheidender Stunde dem Vaterland zur Verfügung, zum vierten Mal verzichtet er auf das Recht, das sich in der Welt wohl niemand rühmlicher und mühevoller verdient hat als er, auf das Recht eines geruhigen Lebensabends.

Seine Erklärung ist kurz und würdig, getragen von der Verantwortung, die er immer während seiner Amtszeit getragen hat. Er ist der Kandidat der breiten Wählerfront von den Volkstonskonferenzen bis zu den Sozialdemokraten. Während der rechte Flügel inzwischen sich bereits Hindenburg für die Kandidatur erklärt hat, werden die Sozialdemokraten in wenigen Tagen tun, nachdem sie indirekt ihre Haltung bereits bekanntgegeben haben. Aber auch über diesen Rahmen hinaus werden dem Reichspräsidenten Stimmen in erheblichem Maße zufallen.

Gleichzeitig steht inzwischen fest, daß sein großer Gegenpartei Hitler sein wird. Seine Kandidatur verfolgt viel weitreichendere Absichten. Es ist geplant, daß für die Präsidentschaft ein viel engeres Zusammenarbeiten der Parteien der Datzburger Front erprobt wird, eine gemeinsame Kandidatenaufstellung, Hindenburg, wo und wie das nur möglich ist, eine Propaganda bis ins kleinste und mit allen erdenklichen Mitteln. Denn nach einer Wiederwahl Hindenburgs soll über Preußen das erreicht werden, was durch den Widerstand Hindenburgs nicht erreicht werden konnte.

Die Präsidentschaftswahl ist also für die Rechtsopposition einmal ein Stichtag, um die Bewegung zu kontrollieren, so dann aber die eigentliche Vorbereitung eines großen Entscheidungskampfes, der in Wahrheit ein Machtkampf sein soll.

Für die Wiederwahl des Reichspräsidenten haben sich aus dem Lager der rechtsorientierten Parteien und Verbände folgende Verbände, Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten ausgesprochen:

Die Reichstagsfraktion des Deutschen Vandoofs; der Jungdeutsche Orden; die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes; der Bayerische Heimatschutz (Führer Forstrot Dr. Escherich); der Evangelische Volksdienst; der Adelsmarschall von Berg-Martienen; der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands; die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesgefangener (Vorsitzender Freiherr von Veroner); Volkstonskonferenzen Vereinigung Mannheim; Landwirtschaftliche Bezirksvereinigungen Barchtesgaden und Bad Reichenhall; Marburger Hochschullehrerschaft; Generaloberst Graf von Bothmer; Technische Hochschule zu Braunschweig; Hochschullehrerschaft der Universität Halle-Wittenberg; Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei; Volkstonskonferenzen Vereinigung zu Berlin und die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei.

#### Schluß mit den Reparationen

Berlin, 16. Februar.

Auf der Ausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erstattete Leypart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Die Forderung „Schluß mit den Reparationen!“, so legte Leypart dar, stehe keineswegs im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften, sei vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinn, das heißt die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, bereits gestillt seien, und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte. Die Gewerkschaften werden diesen Standpunkt auch fernerhin vertreten.

#### Oberbürgermeister Dr. Sahn bei Hindenburg.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfangt heute eine gemeinsame Vertretung der in den verschiedenen Teilen Deutschlands zur Vorbereitung der Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg gebildeten „Hindenburg-Ausschüsse“.

Oberbürgermeister Dr. Sahn hat den Reichspräsidenten in einer Ansprache, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburgs zu legen. Der Reichspräsident dankte in einer kurzen Ansprache und wollte die Unterschrift.

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Sahn erwiderte der Reichspräsident wie folgt:

„Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten freundlichen Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekundet habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht. Sie, meine Herren, stehen hier vor mir nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedenen Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedenen Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.“

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird und ich hoffe so mit meiner letzten Kraft dem Vaterland zu dienen, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterland!“

Hierauf schloß sich eine persönliche Unterhaltung mit den einzelnen Herren.

#### Aufruf des Ruffhändlerbundes

Berlin, 16. Februar.

Der Präsident des Ruffhändlerbundes, General a. D. von Horn, erläßt eine Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl, in der er von der Annahme der Kandidatur durch Generalfeldmarschall von Hindenburg Kenntnis gibt und u. a. sagt: „Ich rufe Euch zu: Lohnt die Parteibindung beiseite und handelt im reinen Ruffhändlergeist. Da ich als verantwortungsbewusster Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie — erhaben über alles parteipolitische Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuss, lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes — lauten:“

„Bewahren wir allen Soldaten unserem verehrten Reichspräsidenten das Vertrauen, das er verdient und die Ehre, die er uns gehalten hat. Verlassen wir unseren Hindenburg nicht!“

#### Der „Stahlhelm“ hat freie Hand.

Berlin. Die Presseabteilung des Bundesamtes des Stahlhelm teilt mit: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General v. Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelm zu sprechen.

#### Erklärung des Generals v. Horn.

Berlin. Zu der Mitteilung des Stahlhelm erklärt General v. Horn, daß er überhaupt nicht im Namen des Stahlhelm gesprochen habe. Das geht auch aus der amtlichen Mitteilung hervor, in der ausdrücklich festgestellt wird, der General habe dem Reichspräsidenten „ernst das Vertrauen und die Ehre der im Ruffhändlerbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck gebracht“.

#### Die Bayerische Volkspartei.

München. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt mit der Überschrift: „Ruf an die Nation“, der Entschluß Hindenburgs, wieder für die Reichspräsidentenwahl zu kandidieren, werde wohl der schwerste seines Lebens gewesen sein. Hindenburg habe die Forderung der Stunde richtig erkannt und sich auch als politischer Führer in einer schweren Stunde der Nation bewährt. Für die geschichtliche Wertung der Persönlichkeit Hindenburgs bedeute es eine Wehrung ihres Ansehens, daß sich Hindenburg entschließen mußte, den politischen Kampf um die Reichspräsidentenwahl aufzunehmen. Der mannhafte Entschluß Hindenburgs, sich trotz der bestehenden Opposition zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, schaffe nunmehr klare Fronten für den 18. März.

Der Genius des deutschen Volkes, der sich in der Person Hindenburgs verkörperte, sei einderufen. Dieser Genius werde sich durchsetzen.

#### Die D. D. B. und die Kandidatur Hindenburgs.

Berlin. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands teilen mit: „Unser Kampf gilt dem Weimarer System als dem Hindernis jedes deutschen Wiederaufstiegs. Wir stellen mit Bedauern fest, daß der Herr Reichspräsident allen Warnungen zum Trotz jeden Jahre lang im Sinne dieses Systems regiert hat. Er unterläßt die Notwendigkeit, die Quelle unseres Elends, unserer Ohnmacht und unserer Uneinigkeit.“

Es kann und somit nicht zugemutet werden, daß wir noch einmal unsere Stimme dem Stäger dieses Systems geben.“

Wir werden den Kampf um die Präsidentschaft dem Datzburger Reichspräsidenten gemäß gegen das System und gegen seinen Kandidaten führen für des Reiches innere und äußere Erhebung.“

Vereinigte Vaterländische Verbände.  
Ges. Graf von der Volk.

#### Erklärung der Nationalsozialisten.

München, 16. Februar.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP schreibt zur Kandidatur Hindenburgs in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz u. a.:

Es ist der feste Wille der nationalsozialistischen Bewegung, das System des 9. November 1918, mit dem für immer der heutige Niedergang der deutschen Nation verbunden sein wird, zu beseitigen und an seine Stelle ein neues Regiment zu setzen, das berufen ist, endlich dem Zusammenbruch Einhalt zu tun und das deutsche Volk den Weg des Wiederaufstiegs in eine neue Zukunft zu führen.

Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung würde bereit gewesen, mit Hindenburg, den sie vor sieben Jahren im Vertrauen auf den Generalfeldmarschall der deutschen Heere im Weltkrieg auf den Reichspräsidentenposten erhoben hat, zu marschieren, wenn er den Willen bekundet hätte, in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes dem System des Zusammenbruchs nunmehr ein Ende zu machen und mit seinen Trägern zu brechen.

Hindenburg habe sich heute auf die Seite der Gegner der nationalen Front, die ihn vor sieben Jahren zum Reichspräsidenten wählten, geschlagen und eine neue Kandidatur gegen seine früheren Wähler aus den Händen von Leuten entgegengenommen, hinter denen keine Gegner und Beschimpfer von einst stehen.

Die nationalsozialistische Bewegung hat nichts unverfugt gelassen, dem Generalfeldmarschall diesen Schritt, dessen verhängnisvolle Folgen für ihn schon heute klar auf der Hand liegen, zu ersparen. Vergebens! Nun mögen diejenigen die Verantwortung tragen, die ihn dazu getrieben haben. Der Sieg wird nicht bei ihnen sein.

#### Ein Aufruf Hitlers zur Reichspräsidentenwahl.

München. (Funkpruch.) Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ nachstehenden Aufruf:

„Als letzten Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Winderzahl beschriebenen Parteien der schwarzen Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im Notprogramm und in den Notverordnungen gefunden hat, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß gegen ihren Kampf gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe zu verbrauchen zu lassen.“

#### Goebbels an den Reichspräsidenten.

Berlin. Der Berliner Gauleiter der Nationalsozialisten, Dr. Goebbels, hat, der DFB zufolge, an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Redeverbote gegen führende Nationalsozialisten an den Reichspräsidenten appelliert, einen durch Verbote nicht gehinderten Wahlkampf zu ermöglichen. Ein ähnliches Telegramm hat Dr. Goebbels auch an den Reichsinnenminister Broener gefandt.